

E I N L A D U N G

zur 5. Sitzung des Integrationsrates der Stadt Gummersbach am Dienstag, dem 13.09.2022, 18:00 Uhr, im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

T a g e s o r d n u n g

A. Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift der letzten Sitzung
2. Anfragen
Vorlage: 04951/2022
3. Neubestellung eines Schriftführers
Vorlage: 04947/2022
4. Ukrainische Kriegsvertriebene
Vorlage: 04954/2022
5. Internetauftritt des Integrationsrates
Vorlage: 04958/2022
6. Entsendung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner in die Ausschüsse der Stadt Gummersbach
Vorlage: 04784/2022/1
7. Mitteilungen
- 7.1. Berichte aus den Fachausschüssen und Gremien

B. Nicht öffentlicher Teil:

8. Mitteilungen

Gummersbach, den 06.09.2022

Stadt Gummersbach

gez.

Mary Roshani Thanapalasingham
Vorsitzende

Falls Sie verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, informieren Sie bitte Ihre(n) Stellvertreter/-in sowie den Fachdienst Büro des Bürgermeisters, Tel. 02261/871178. Eine Parkkarte für die Ausfahrt aus dem Parkhaus finden Sie zu Sitzungsbeginn auf ihrem Platz.

Mitglieder des Integrationsrates:***Ordentliche Mitglieder******Stellvertretende Mitglieder*****Vorsitzende:** Mary Roshani Thanapalasingham***1. Stellvertreterin:** Lilia Köhler**2. Stellvertreter:** Waldemar Leinweber**CDU**

1. Stv. Karl-Otto Schiwek

2. Stv. Jörg Jansen

3. Stv. Edith Roth

1. Stv. Reinhard Elschner

2. Stv. Claudia Stevenson

3. Stv. Rainer Sülzer

SPD

1. Stv. Elisabeth Raupach

2. Stv. Diyar Agu - LINKE-Stadtratsfraktion

1. Stv. Helga Auerswald

2. Stv. Oliver Kolken

GRÜNE

1. Stv. Konrad Gerards

1. Stv. Gabriele Müller

Gewählte Vertreter**GRÜNE**

Astrid Schumann

-

Dr. Ralph Krolewski

-

Einzelbewerber

Renate Gosiewski

-

Marcus Linde

-

Cemile Güzel

Gizem Güven

Vassilios Kanelias

Atina Kanelias

Elena Beyer

Svetlana Grans

* Ordin Thanapalasingham

Mustafa Gündesli

Claudia Amcha

Gäste auf Vorschlag der Verwaltung und der Fraktionen jeweils mit beratender Stimme

CDU

1. Stv. Jakob Löwen

SPD

1. AM. Sivanujan Sivapatham

GRÜNE

1. Stv. Hartwig Steinmetz

AfD

1. Stv. Rainer Degner

FDP

1. AM. Ercan Ateş

LINKE

1. AM. Dilan Agu

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

Thema interkulturelle Öffnung der Verwaltung**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
13.09.2022	Integrationsrat

Antwort:

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in mündlicher Form während der Sitzung.

Anlage/n:

Anfrage zum Thema interkulturelle Öffnung der Verwaltung

01. Sep. 2022

102

ANFRAGE: Thema interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Sehr geehrte Frau Thanapalasingham,

ich bitte die folgende Anfrage zur Beantwortung an die Verwaltung weiterzuleiten.

1. Laut dem Integrationskonzept der Stadt Gummersbach hat die interkulturelle Öffnung der Verwaltung eine hohe Bedeutung. Welche konkreten Maßnahmen für eine Interkulturelle Öffnung der Verwaltung wurden bereits umgesetzt und welche sollen noch folgen?
2. Im Integrationskonzept der Stadt Gummersbach heißt es: „die Aneignung von interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ist unabdingbar“¹. Welche Maßnahmen, zur Aneignung von interkulturellen Kompetenzen wurden seit Veröffentlichung des Integrationskonzeptes bereits umgesetzt, welche sind noch in der Legislaturperiode geplant?

Begründung:

Die interkulturelle Öffnung sollte als die zentrale Aufgabe der kommunalen Verwaltung gesehen werden. Ein interkulturelles Abbild der Verwaltung lässt sich als Vorbild für das Miteinander in der Stadtgesellschaft heranziehen. Mithilfe der Interkulturellen Öffnung werden Orte der Begegnungen geschaffen, welche Stigmatisierungen und Pauschalisierungen von Minderheiten positiv entgegenwirken und gezielt Vorurteile und Stereotype aufbrechen.

Die Verwaltung nimmt darüber hinaus eine entscheidende Rolle bei der Einbringung von Migrantenorganisationen ein. Die Förderpolitik der öffentlichen Verwaltung kann in entscheidendem Maße eine erfolgreiche Auseinandersetzung und umgangsweise mit Rassismus und Rechtsextremismus garantieren und dementsprechend einen entscheidenden Beitrag für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben in der Stadt leisten. Die nachhaltige Verfolgung des Ziels der Interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung stellt dementsprechend eine präventive Maßnahme gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus dar.

Von den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wird eine Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter für Themen des Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Form von Qualifizierungsmaßnahmen als Ausgangspunkt für eine erfolgreiche und nachhaltige Interkulturelle Öffnung der Stadt Gummersbach gesehen.

Gummersbach, 30.08.2022


Waldemar Leinweber


Lilia Köhler

¹ Vgl. S. 25 Integrationskonzept der Stadt Gummersbach

Neubestellung eines Schriftführers**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
13.09.2022	Integrationsrat

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat bestellt Herrn Wolfgang Treutler als weiteren Schriftführer.

Begründung:

In Anwendung der §§ 27, 52 Abs. 1, 58 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW und § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Stadt Gummersbach ist es Aufgabe des Integrationsrates, eine Schriftführerin/einen Schriftführer zu bestellen.

Es wird vorgeschlagen, Herrn Treutler als weiteren Schriftführer zu bestellen.

Ukrainische Kriegsvertriebene

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
13.09.2022	Integrationsrat

Sachverhalt:

Bericht der Verwaltung zur aktuellen Situation



Ukrainische Kriegsvertriebene (AsylbLG)

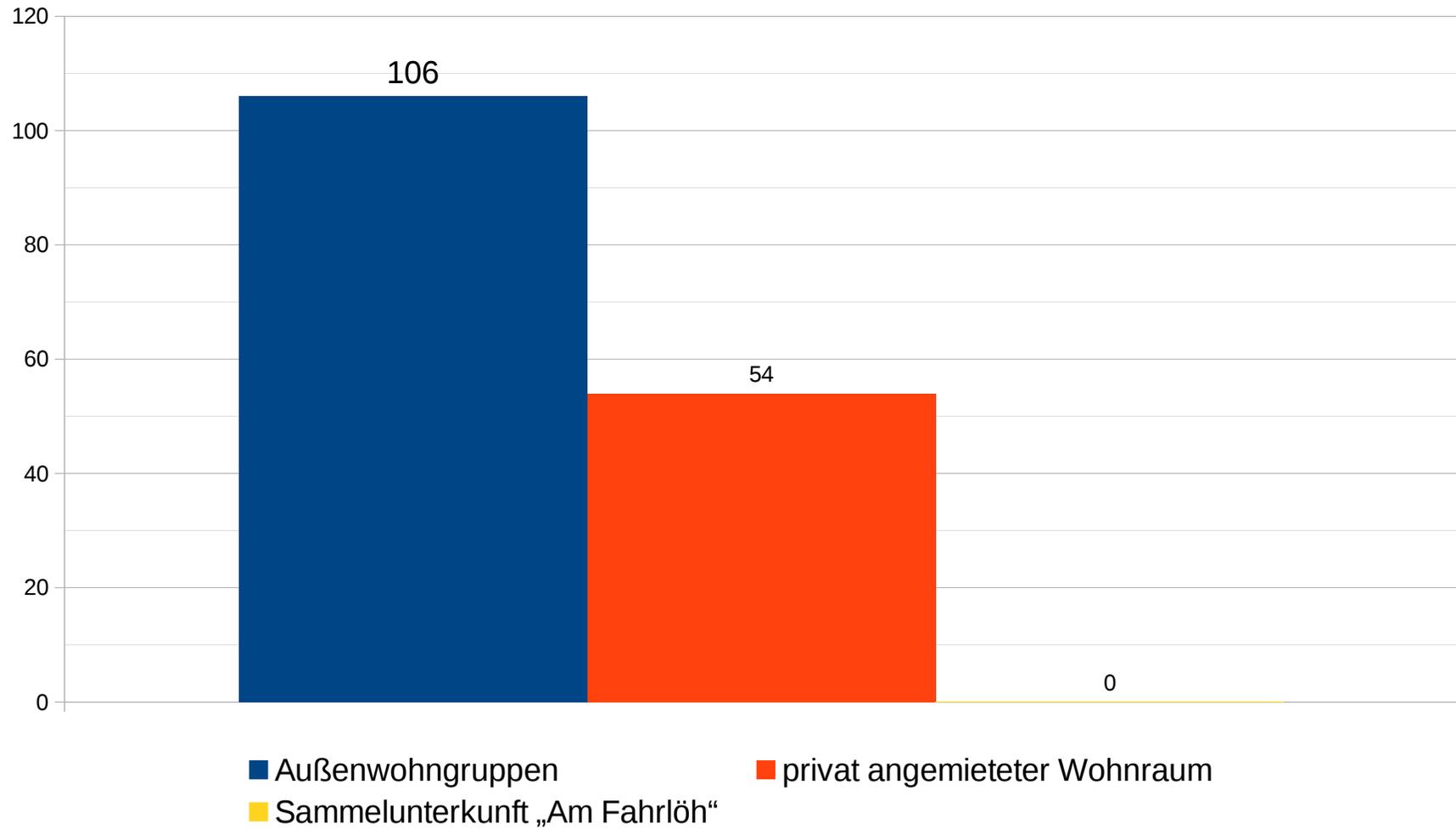
der Stadt Gummersbach

aktuelle Statistiken und Zahlen

Stand: 01.09.2022

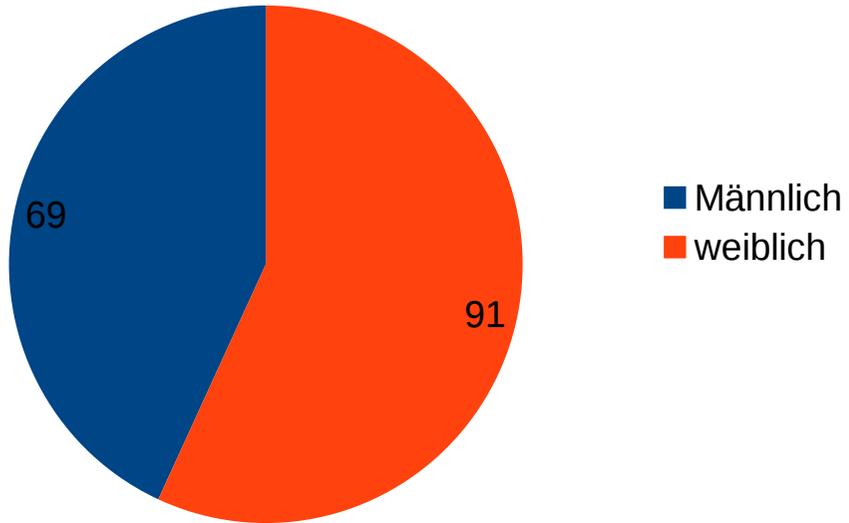
Grafik

Unterbringung von Ukrainern im Bezug AsylbLG

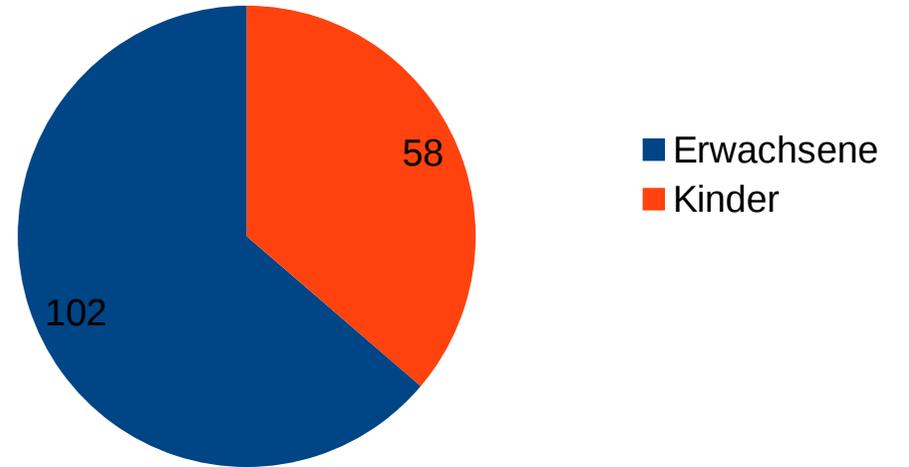


Grafiken

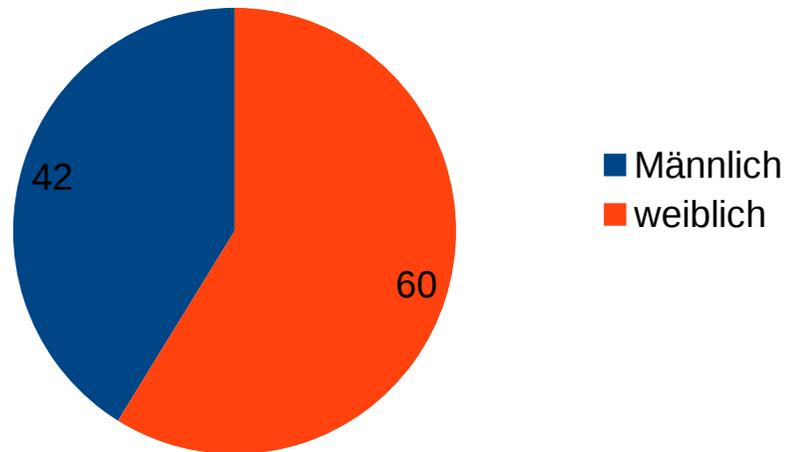
Aufteilung der Ukrainer nach Geschlecht



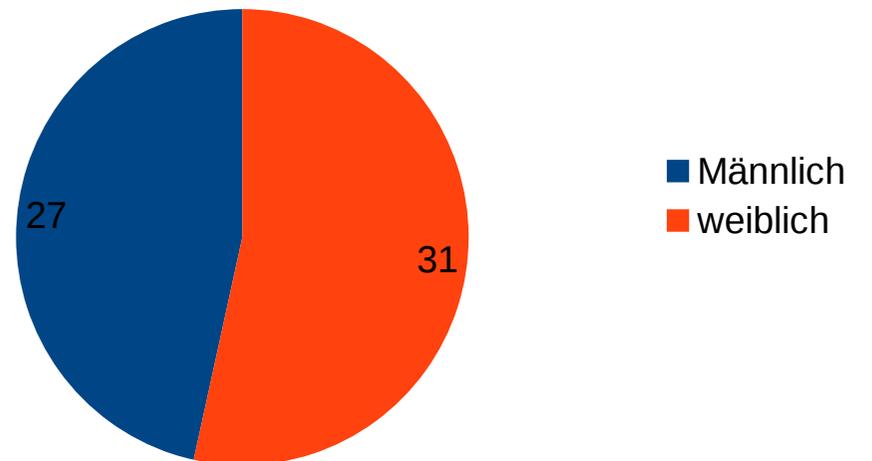
Aufteilung der Ukrainer nach Erwachsene & Kinder



Aufteilung der Erwachsenen nach Geschlecht

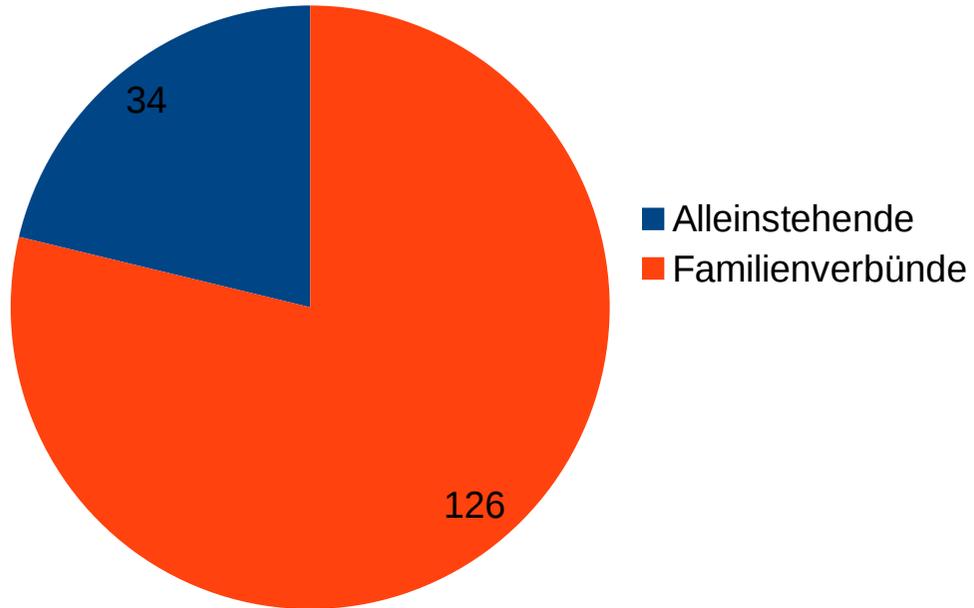


Aufteilung der Kinder nach Geschlecht

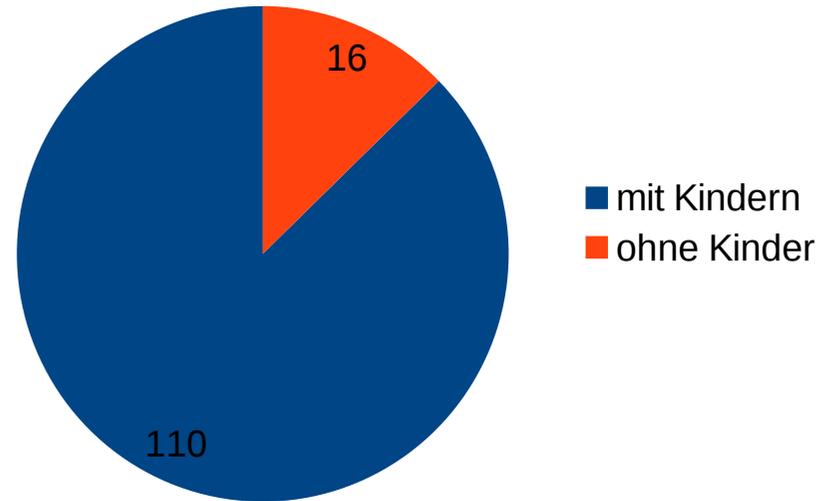


Grafiken

Aufteilung der Asylbewerber
nach Familien & Alleinstehende

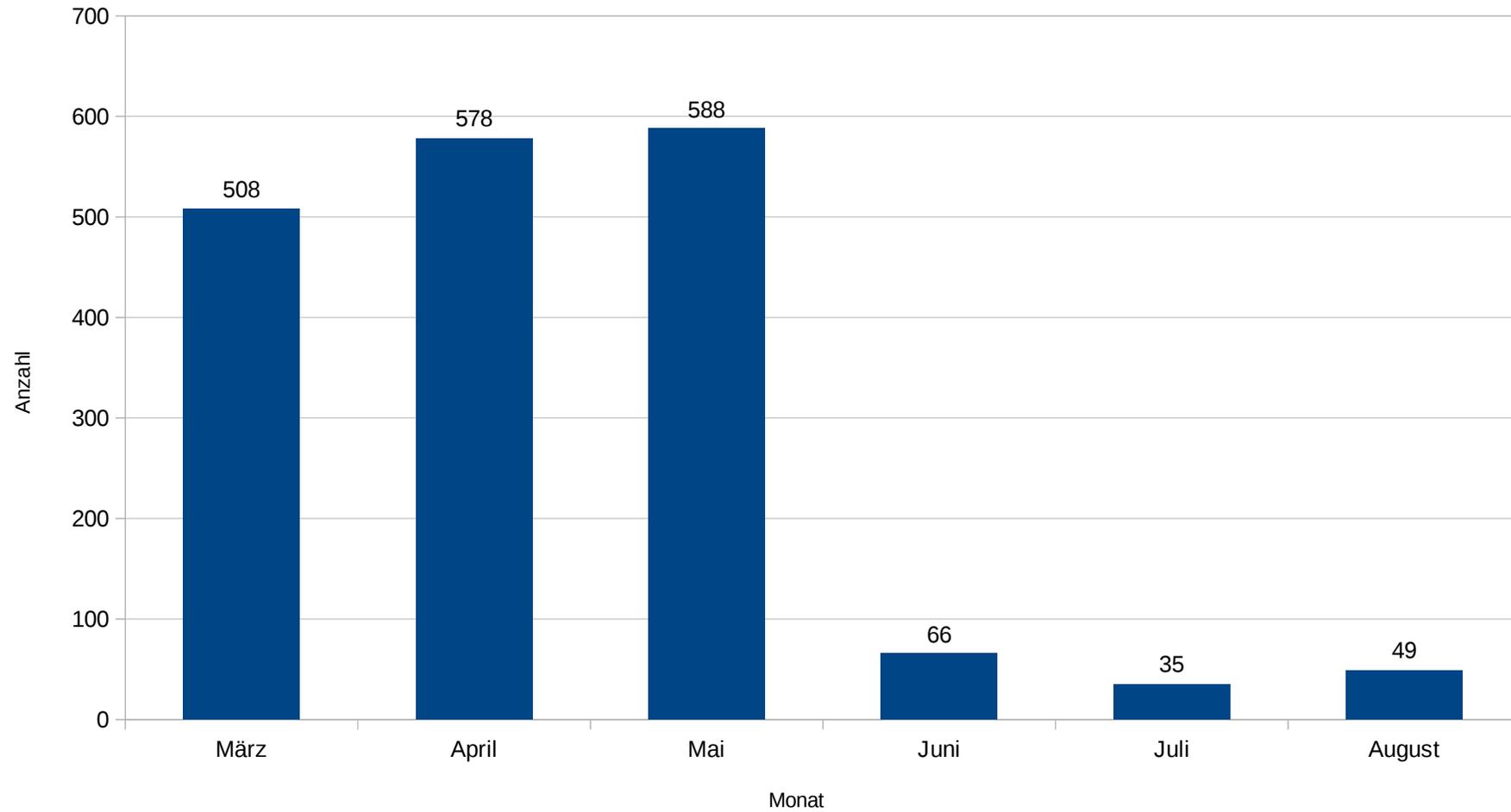


Aufteilung der Familien (Personen)
nach Familien mit & ohne Kinder



Grafik

Anzahl ukrainischer Asylbewerberleistungsempfänger im Zeitraum März '22 bis August '22



Internetauftritt des Integrationsrates**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
13.09.2022	Integrationsrat

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung um Aufnahme des als Anlage beigefügten Textes in den Internetauftritt der Stadt Gummersbach.

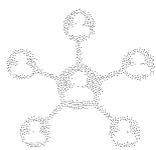
Begründung:

Der Integrationsrat wurde in der Sitzung vom 22.06.2021 durch den Leiter der Pressestelle der Stadt Gummersbach über die Möglichkeiten der medialen Darstellung der Arbeit des Integrationsrates im Internet informiert.

Um diese nun im Internet zu präsentieren, regt die 1. Vorsitzende des Gremiums, Frau Thanapalasingham, an, die Verwaltung zu bitten, die beigefügte Anlage auf der Seite der Stadt Gummersbach(www.Gummersbach.de) als Unterseite des Integrationsrates einzubinden.

Auszug aus dem Integrationskonzept der Stadt Gummersbach vom 23.03.2022:

6 Integrationsarbeit im Integrationsrat



Auch der Integrationsrat stellt ein zentrales Gremium der Integrationsarbeit in Gummersbach dar. Anhand von drei seitens der Lenkungsgruppe vorgegebenen „Leitfragen“ legt dieses Gremium im Folgenden sein Verständnis von Integrationsarbeit dar und definiert seine Rolle im Integrationsprozess:

Welches Verständnis von Integrationsarbeit liegt im Integrationsrat zugrunde?

Der erste Artikel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Nach diesem Grundsatz richtet sich unser gesellschaftliches Zusammenleben. Artikel drei besagt außerdem, dass niemand benachteiligt oder bevorzugt werden darf, unabhängig seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens oder seiner politischen Anschauungen.

Hieraus versteht der Integrationsrat Gummersbach seine Integrationsarbeit. Es ist ein kommunales Fachgremium, das die politischen Interessen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte gegenüber und gemeinsam mit Rat und Verwaltung vertritt, wenn diese in den Zuständigkeiten der Stadt Gummersbach liegen sowie bei Bedarf auch gegenüber dem Land NRW und dem Bund. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit überörtlichen (Fach-) Gremien, z. B. Landesintegrationsrat wird dabei angestrebt.

Das Fachgremium „Integrationsrat“ begleitet, initiiert und eröffnet wesentliche Prozesse für Chancengerechtigkeit, in dem es u.a. öffentlich für die Grundlagen des Zusammenlebens in einer vielfältigen Demokratie auf allen Ebenen des föderalen Systems auf dem Boden der gleichen Rechte, der Grundrechte und -freiheiten eintritt. Der Integrationsrat unterstützt dabei eine starke Verwaltung und eine konsequente sowie nachhaltige Politik. Ziel ist es, auf Grundlage unseres Grundgesetzes gute Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration zu schaffen.

Zudem positioniert sich der Integrationsrat in seiner Arbeit klar und aktiv gegen (Gruppen-) Diskriminierung, Ausgrenzung, Rechtsradikalismus, gegen alle damit zusammenhängenden Formen wie Ausländer-, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und gegen sämtliche radikale Strömungen – unabhängig davon, woher sie kommen und ob diese parteipolitisch, ideologisch bzw. religiös motiviert sind. Der Integrationsrat macht Vorschläge, um diese Ziele umzusetzen und gibt Anregungen an Gesellschaft, Politik und Verwaltung, um den Gesamtprozess möglichst positiv zu beeinflussen.

Durch Vernetzung mit öffentlichem Leben und Stadtgesellschaft, aber auch mittels Organisation und Durchführung zielgerichteter Veranstaltungen, sollen sowohl Teilhabe als auch Ermutigung zu politischen Initiativen erfolgen.

Darüber hinaus sollen Angebote geschaffen werden, die es ermöglichen, kulturelle und familiengeschichtliche Vielfalt von Menschen mit internationaler Familiengeschichte und gegebenenfalls ihrer Organisationen im öffentlichen (kommunalpolitischen Raum) darzustellen.

Nochmals sei deshalb bekräftigt:

- Wer in Deutschland lebt, ist Teil der Gesellschaft
- Menschen mit internationaler Familiengeschichte können in allen Bereichen teilhaben
- Integration ist Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Integration besteht aus Fördern und Fordern

Wie wird Integration im Integrationsrat konkret gefördert?

Der Integrationsrat setzt sich aus direkt gewählten Vertreterinnen und Vertretern sowie durch den Rat der Stadt Gummersbach entsandten Mitgliedern zusammen, die gleichberechtigt und -wertig zusammenwirken und -arbeiten. Durch das Zusammenwirken von direkt gewählten Vertreterinnen und Vertretern und den Ratsmitgliedern wird eine enge Verzahnung von Kommunal- und Integrationspolitik erreicht, wodurch alle diskutierten Themen schnellstmöglich in die Ratsarbeit einfließen können. Eine enge Kooperation mit dem Stadtrat, seinen Fachausschüssen und der Verwaltung ist auf diese Weise optimal gewährleistet.

Zur Sicherstellung der Arbeit des Integrationsrates wird der Rat - nach Vorschlag durch die Verwaltung - bei Bedarf finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stellen. Bei Bedarf werden sowohl Mitglieder des Integrationsrats in die Fachausschüsse als auch Mitglieder der Fachausschüsse in den Integrationsrat hinein über Themen, Konzepte, Aktivitäten, Erfolge im Zusammenhang mit der Integration berichten und Empfehlungen geben. Hier sind insbesondere die Mitglieder der Fachausschüsse mit Sitz im Integrationsrat gefordert. Das führt zu einem regelmäßigen Austausch, zu Kooperation und zu vertrauensvoller Zusammenarbeit und zu einer ständigen Optimierung der Arbeit.

Auch auf persönlicher, privater oder beruflicher Ebene (z. B. als Arzt/Ärztin, Polizist/in, Lehrer/in, Sozialarbeiter/in, Dolmetscher/in, Feuerwehr, ehrenamtlich Tätige, Nachbarschaft, Vereine etc.) befinden sich die Mitglieder des Integrations-, des Stadtrates und der Verwaltung in einem engen Austausch mit Menschen unterschiedlichen kulturellen und familiären Hintergrunds. Hierdurch gelingt ein schneller und tiefer Einblick in bestehende Themen, die zeitnah erkannt, vermittelt und angegangen werden können. Auf diese Weise ist der gesamte Integrationsprozess auf eine breite Basis gestellt, mit viel Potential zu positiver Beeinflussung.

Die Förderung der Integration - ohne Preisgabe der eigenen kulturellen oder religiösen Identität bzw. Wurzeln - ist und bleibt eine große Herausforderung, der wir uns alle in besonderer Weise stellen müssen. Das gilt für beide Seiten: Für die aufnehmende Gesellschaft in ihrer Vielfalt in den kommunalen Strukturen und Lebenszusammenhängen und die zu integrierenden Personen auf dem Boden der bestehenden Rechts-

ordnung und Verfassung. Integration findet nicht abstrakt, sondern im konkreten Zusammenleben vor Ort statt und ist fest verbunden mit den Menschen unserer Stadt und unserer Region.

Wie definiert der Integrationsrat seine eigene Rolle in der Integrationsarbeit?

In der Integrationsarbeit steht das zentrale Thema "Integration" im Fokus.

Integration ist ein nie endender, vielschichtiger, gesellschaftlicher Prozess, der sich nicht allein auf Zugewanderte beschränkt. Damit Integration gelingt; sind Anstrengungen von Seiten der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft (d.h. von Einwohnern mit und ohne internationaler Familiengeschichte) notwendig. Integration kann daher nur gelingen, wenn alle gemeinschaftlich Verantwortung übernehmen und an dem Prozess mitwirken.

Verwaltung und Politik stehen dabei gleichrangig in der aktiven Verantwortung. So bringen sich neben der Verwaltung sowohl die Mitglieder des Integrationsrates als auch die Mitglieder von Stadtrat und Ausschüssen aktiv als „Netzwerker“ und "Macher" in den Integrationsprozess ein. Sie alle wollen die Bürger/innen und die Gesellschaft auf möglichst vielen Handlungsfeldern des öffentlichen Lebens für das Thema "Integration" sensibilisieren, darüber informieren und ggf. erforderliche Veränderungsprozesse einleiten und begleiten. Hierzu sollen u.a. Menschen mit Einwanderungsgeschichte, insbesondere in der Phase des Ankommens und der beginnenden Orientierung, begleitet werden. Wichtig ist auch, unsere Gesellschaft auf die traumatischen Erfahrungen der Betroffenen bei Flucht, Kriegs- und Gewalterlebnissen aufmerksam zu machen.

Integrationsarbeit ist eine dauerhafte, politische und gesellschaftliche Aufgabe, die alle Mitglieder der Gesellschaft gemeinsam in die Verantwortung nimmt und sich am Grundgesetz als gemeinsame Wertebasis orientiert.

Wir haben damit als Teil der Gesellschaft und insbesondere als fachlich versierter Integrationsrat eine grundsätzliche Zuständigkeit und Verantwortung für die Integration von Menschen mit internationaler Familiengeschichte. Schwerpunkt der nicht einfachen Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass Integration gelingt.

Im Fokus muss hierbei die Integration vor Ort, also hier in unserer Kommune, unserer Heimat, im Kleinen stehen, denn nur hier ist die Aussicht auf ein gutes Gelingen realistisch - ganz konkret und ganz praktisch.

Entsendung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner in die Ausschüsse der Stadt Gummersbach**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium
13.09.2022	Integrationsrat
14.09.2022	Hauptausschuss und Ausschuss für öffentliche Ordnung
27.09.2022	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung

stellvertretendes beratendes Mitglied

2. AM. Cengiz Polat (bisher: AM. Gaetano Rivoli)

Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität

ordentliches beratendes Mitglied

AM. Cengiz Polat (bisher: AM. Gaetano Rivoli)

Begründung:

Am 13.12.2021 verstarb Herr AM. Gaetano Rivoli, stellvertretendes beratendes Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung und ordentliches beratendes Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität. Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat die Nachbesetzung der genannten Positionen.

Da die Beratung einer Nachfolge in der letzten Sitzung des Integrationsrates am 02.03.2022 ergebnislos blieb, wurde seitens der Verwaltung Herr Cengiz Polat aus dem Kreis der Wahlbewerber zur Wahl des Integrationsrates im Jahr 2020 angesprochen. Herr Polat erklärt sich bereit, die beiden vakanten Positionen zu übernehmen.